

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 87. Ratssitzung vom 22. Januar 2020

2129. 2019/16

Postulat von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Natalie Eberle (AL) vom 16.01.2019:

Bericht über Aus-, Nachhol- und Weiterbildungsmöglichkeiten für motivierte Sozialhilfeempfangende

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Katharina Prelicz-Huber (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 805/2019): Gemäss Statistik werden Menschen mehrheitlich erwerbslos, weil sie zu geringe Qualifikationen haben. Die Bildung oder Ausbildung, die sie haben, genügt nicht oder nicht mehr für das Angebot an vorhandenen Arbeitsplätzen. Nach der Arbeitslosenkasse ist man ausgesteuert und steht vor dem Weg in die Sozialhilfe. Der Stadtrat hat gesagt, dass man in die Bildung investieren muss. Es ist klar, dass man zuerst bei den jungen Menschen hinschaut. Es ist fatal, wenn jemand, der noch nicht einmal 25 Jahre alt ist, bereits keine Perspektive mehr hat. Alle Untersuchungen zeigen: Eine bessere Bildung bedeutet auch bessere Chancen, überhaupt wieder ins Erwerbsleben zu kommen und einen besseren Lohn zu erhalten, der zum Leben reicht. Der Lohn, den die Sozialhilfeempfangenden erhalten, ist sehr tief und reicht kaum dafür aus. Der Stadtrat möchte zuerst den Bereich Jugendliche und junge Menschen bis 25 angehen. Das ist wunderbar. Man muss sich aber auch mit den Personen befassen, die älter als 25 Jahre sind. Diese müssen immerhin noch rund 40 Jahre arbeiten. Der Stadtrat hat aber auch hier schon begonnen, uns eine Strategie zu präsentieren. Er will zusammen mit der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) auf eine Bildungsoffensive hinarbeiten. Das ist sehr erfreulich. Mit unserem Postulat wollen wir einen Appell bringen, dass man nicht auf das Alter achten sollte. Sich weiter zu qualifizieren, ist auch mit 40 oder 50 sinnvoll, wenn man motiviert ist. Diese Person hat noch weitere 10 oder 20 Jahre vor sich, in der sie dann hoffentlich ohne Sozialhilfe ein lebenswertes Leben führen kann, beruflich eine Perspektive hat und nicht einfach irgendeinen Job. Sie verdient dadurch nicht nur mehr Geld, sondern hat auch ein höheres Wohlbefinden. Es trägt auch dazu bei, dass wir weniger Sozialhilfe bezahlen müssen und hilft zudem der Gesamtgesellschaft, weil sie zufriedene Bürgerinnen und Bürger hat, die nicht zuletzt wiederum mit ihren Steuern den Staat unterstützen. Wir verlangen einen Bericht und möchten wissen, wie der Stadtrat umzusetzen plant, dass wir keine Alterslimiten haben, aber am Schluss möglichst gut ausgebildete Menschen.*

***Walter Anken (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 30. Januar 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat wird damit begründet, dass geringe Qualifikationen zu Arbeitslosigkeit führen würden. Nur eine gute Ausbildung sei Garant für ein erfolgreiches Erwerbsleben. Die Postulantinnen und Postulanten*

sind der Ansicht, dass die Strategie Arbeitsmarkt 2025 die Chancen für Sozialhilfeempfangende am Arbeitsmarkt verbessern würde. Die SVP stellt nicht in Abrede, dass gute Ausbildungen oder Qualifikationen und regelmässige Weiterbildungen die Gefahr der Arbeitslosigkeit reduziert. Die Garantie, dass eine gute Aus-/Weiterbildung die Arbeitslosigkeit verhindern kann, haben wir aber schon lange nicht mehr. Wir wissen, dass die Zahlen bei den ü50 – in Realität ü46 – heute so aussehen, dass diese Personen überproportional oft in die Sozialhilfe übergehen. Das macht mir persönlich Sorgen. Aus unserer Sicht ist aber jeder Mensch selber für seine Aus- und Weiterbildung verantwortlich. Es kann nicht sein, dass man junge Leute zu Selbstverantwortung erziehen will und dann trotzdem ein Nanny-Staat eingreift, ihnen die Aus- und Weiterbildung finanziert und ihnen möglicherweise noch sagt, was sie machen sollen. Wir sprechen hier über einen sehr hohen Betrag. Wir können diesen nicht einfach dem Steuerzahler anhängen. Tatsache ist: Eine vernünftige Zuwanderung würde den Druck von den Arbeitsplätzen massiv wegnehmen. Das ist die einzige Lösung. Ü46 finden bereits heute keinen Job mehr. Wenn sie in diesem Alter keine BVG-Beiträge und nur minimale AHV-Beiträge zahlen, geraten sie mit 65 in die Altersarmut. Das haben wir heute und hier zu verantworten. Wir sollten uns dies merken. Die SVP ist von der Arbeitsmarktstrategie 2025 nicht überzeugt. Man fördert nur die motivierten Leute und lässt jene Leute, die keinen Willen oder keine Lust mehr haben, hängen. Es ist logisch, dass jemand, der motiviert ist, eher eine Stelle findet, als jemand, der nicht motiviert ist. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Eine richtige Strategie müsste lauten, dass auch die nicht Motivierten motiviert werden können, damit auch sie eine Arbeitsstelle finden. Kapitulieren ist aus unserer Sicht kein Weg.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): Zahlreiche Menschen über 45 werden in die Sozialhilfe getrieben, weil durch die Personenfreizügigkeit so viele Personen in die Schweiz kommen. Auch der Bundesrat hat das erkannt. Er hat Angst vor dem Abstimmungskampf zur Begrenzungsinitiative. Deshalb will er nun eine Überbrückungsrente für über 60-Jährige einführen. Diese Massnahme wird den Arbeitnehmern, die von der Personenfreizügigkeit in die Sozialhilfe gedrängt werden, aber nicht helfen. Ein Arbeitgeber kann dann alle alten, teuren Arbeitnehmer in die Überbrückungsrente abschieben. Auch alle flankierenden Massnahmen bewirken genau das Gegenteil. Wenn der Arbeitsmarkt keine flexible Struktur bieten kann, überlegt man sich mehrmals, ob man einen älteren oder jüngeren Arbeitnehmer einstellt. In Frankreich hat man beispielsweise einen sehr hohen Kündigungsschutz. Ein Geschäft überlegt sich dort sehr genau, ob es eine Person einstellt, da man durch den hohen Kündigungsschutz diese kaum wieder los wird. Das, was die linken Gutmenschen politisch und aus Überzeugung vertreten, ist genau das, was die Leute in die Arbeitslosigkeit und in die Sozialhilfe treibt. Wenn man den Leuten helfen will, muss die Personenfreizügigkeit beendet werden. Es braucht wieder eine normale Einwanderung. Niemand in der Schweiz, auch nicht die SVP, will die Einwanderung stoppen. Aber wir wollen die Masseneinwanderung stoppen. Wir fordern eine massvolle Einwanderung. Mit der Begrenzungsinitiative haben wir die Möglichkeit, wieder zu einem

normalen Zustand zurückzukehren und unsere Arbeitnehmer vor der Personenfreizügigkeit zu schützen.

Markus Baumann (GLP): Ich möchte auf den eigentlichen Inhalt des Postulats zurückkommen. Wir wissen bereits sehr viel zu diesem Thema. Es gibt zahlreiche Studien in diese Richtungen. Wir sehen inhaltlich vieles gleich. Wir sind aber der Meinung, dass, wenn man die Dreistufigkeit und die Strategie Arbeitsmarkt 2025 des Stadtrats betrachtet, es sich um eine gute Sache handelt. Wir unterstützen dies, gerade weil es auch um die Jugendlichen geht. Das Problem wurde erkannt. Beim zweiten Teil geht es um die Anpassung der Stipendienverordnung. Meines Wissens ist hier beim Stadtrat bereits einiges im Tun. Das zielt auch auf die zweite Gruppe ab: Jene, die bereits eine berufliche Grundbildung oder ein Studium haben, aber trotzdem zur Risikogruppe gehören. Mit der Anpassung der Stipendienverordnung decken wir diesen zweiten Teil ab. Der dritte Teil: Wir haben bei den Personen über 50 tatsächlich noch ein Defizit. Aber nicht ein Defizit an Wissen, sondern dahingehend, was man tun kann und welche Programme es überhaupt gibt. Wir kennen jedoch den Mechanismus und die Herausforderungen des Arbeitsmarkts für qualifizierte, für weniger qualifizierte, für hochqualifizierte Personen über 50. Der Kanton hat unter anderem ein neues Integrationsprogramm für Hochqualifizierte aufgelegt, auch wenn es dort vor allem um Expats geht. In diesem Sinne braucht es unserer Meinung nach keinen Bericht. Man weiss bereits sehr viel. Wichtig wäre aus unserer Sicht, dass wir in der Kommission daran arbeiten, aber auch den Stadtrat beim Ziel der Eingliederung oder der erwerbsorientierten Eingliederung und Unabhängigkeit unterstützen. Den Bericht braucht es in dieser Form nicht. Es braucht Massnahmen. Deshalb lehnen wir das Postulat ab. Das tun wir aber nicht aus inhaltlichen Gründen. Wir sind sehr daran interessiert, konstruktiv gemeinsam im Parlament, in der Kommission und mit dem Stadtrat weitere Massnahmen für die Integration der über 50-Jährigen anzugehen.

Marco Geissbühler (SP): Wir erleben in unserer Wirtschaft einen immer schneller voran schreitenden Strukturwandel hin zu einer digitalen Dienstleistungsgesellschaft. Leider begleiten wir als Gesellschaft und als Demokratie diesen Wandel noch zu wenig. Dadurch bestimmen heute vor allem die Interessen von profitorientierten Unternehmen, wie der Wandel abläuft. Darunter leiden vor allem die gering qualifizierten Menschen. Menschen ohne Berufsabschluss arbeiten heute häufiger zu Tiefstlöhnen, verlieren öfters ihre Stelle und landen eher in der Sozialhilfe als noch vor 30 Jahren. Der Wandel und die Entwicklung sind das Problem. Auf dieses Problem müssen wir eine Antwort finden, nicht auf die Angstfantasien, die nun skizziert wurden. Die beste Antwort, die wir auf städtischer Ebene geben können, ist, diese Menschen zu unterstützen, sich besser für die Herausforderungen qualifizieren zu können. Der Stadtrat hat die Zeichen der Zeit erkannt und stellt ein neues Programm auf die Beine, das die berufliche Aus- und Weiterbildung für wenig qualifizierte Menschen einfacher zugänglich machen will. Das ist wichtig und richtig. Ebenso wichtig und richtig ist es, dass wir im Gemeinderat diese Neuausrichtung auch demokratisch begleiten. Darum unterstützen auch wir das Postulat und den Auftrag an den Stadtrat, einen Bericht über die geplanten Massnahmen zu er-

stellen. Auch wir sind der Meinung, dass man Personen unter und über 25 nicht gegeneinander ausspielen sollte. Ich sehe in meiner Arbeit als Gewerkschaftssekretär jeden Tag sehr gut, wie wichtig es auch für Leute um die 50 ist, noch am Ball zu bleiben. Hier bin ich mit den Ausführungen, die die SVP gemacht hat, einverstanden. Ich sehe aber, dass die Probleme der Leute in jenem Alter wenig mit irgendwelchen Fantasien von Zuwanderung zu tun haben oder mit migrationspolitischen Entwicklungen. In der Realität haben heute viele Unternehmen keinerlei Hemmungen mehr, Leute auch nach 20 oder 30 Jahren treuer Arbeit innerhalb des Betriebs zu entlassen und sie nicht mehr zu ersetzen. Sie werden aus Profitmaximierungsgründen einfach abgebaut. Die SVP hat von Selbstverantwortung gesprochen. Die Unternehmen kommen aber ihrer sozialen Verantwortung nicht mehr nach. Solange das so ist und solange man die Unternehmen nicht dazu zwingen kann, dieser Verantwortung nachzukommen, müssen wir als Stadt und als Gesellschaft diese Verantwortung übernehmen. Wir wollen nicht, dass Leute um die 50 für den Rest ihres Lebens ausgesteuert werden. Uns ist es wichtig, nicht unter und über 25-Jährige gegeneinander auszuspielen. Es ist wichtig, Leute in jungen Jahren gut zu qualifizieren. Es ist aber auch wichtig, ältere Arbeitnehmende mit Weiterbildungsmaßnahmen besser zu unterstützen und zu qualifizieren, wenn ihnen das hilft.

Natalie Eberle (AL): Es ist eine Tatsache, dass immer mehr Leute über 50 arbeitslos werden und Sozialgeldempfängerinnen und -empfänger werden. Das betrifft vor allem Frauen. Unter anderem sind es Frauen, die sich längere Zeit zu Hause um Kinder und Familie gekümmert haben, wie das von der SVP immer wieder deutlich auch gewünscht wird. Wenn sie merken, dass sie gerne wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen möchten, haben sie vielleicht früher einmal eine Ausbildung gemacht, die aber so lange her ist, dass sie nicht mehr den Anforderungen von heute entspricht. Solche Leute brauchen Unterstützung, um wieder Fuss in ihrem Beruf zu fassen. Hier helfen Programme, in welchen diese Personen über einen einfachen Kurs wieder an ihr früheres Wissen anknüpfen können. Es geht auch um die Verantwortung der Wirtschaft, um Unternehmen, die heute einfach sparen. Je länger man an einem Ort arbeitet, umso teurer wird man. Für die Unternehmen ist es dann attraktiv, diese Leute zu entlassen. Doch auch die Digitalisierung trägt als weiterer Aspekt dazu bei, dass wir immer mehr Leute haben, die älter und in der schwierigen Lage sind, einen Job zu finden. Für all jene Personen ist es wichtig, dass man dafür sorgt, dass sie wieder in den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden können und sich nicht 15 Jahre lang im dritten Arbeitsmarkt in einem Programm 400 Franken zu ihrem Sozialgeld dazuverdienen müssen. Sie müssen wieder eine Chance haben, ihr eigenes Geld zu verdienen. Im Bericht sollte aufgezeigt werden, wie man sicherstellen will, dass die Qualifizierung von über 25-Jährigen respektive über 45-Jährigen sichergestellt wird.

Samuel Balsiger (SVP): Die SVP hat von Anfang an gesagt, dass die Personenfreizügigkeit unsere Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit und in die Sozialhilfe treiben würde. Man hat uns damals ausgelacht und die Warnungen missachtet. Selbst der Bundesrat, der alles unternimmt, um die Personenfreizügigkeit am Leben zu erhalten, gibt zu, dass es die Personenfreizügigkeit ist, die die ü60-Arbeitnehmenden in der Schweiz in die Arbeitslosigkeit und in die Sozialhilfe treibt. Das ist die Realität. Der Bundesrat hat selber

begriffen, dass die Personenfreizügigkeit nicht mehr funktioniert. Er wird aber als Handlanger der EU weiterhin unsere Begrenzungsinitiative bekämpfen, obwohl er eigentlich ein Ja empfehlen müsste, um die Schweizer Arbeitnehmenden zu schützen.

Walter Anken (SVP): Jede Familie soll selber entscheiden, ob eine Frau zu Hause bleiben will oder arbeiten muss. Man sollte nicht immer wieder diesen Vorwurf gegen uns anbringen. Ich habe regelmässig Kontakt zu grossen Firmen und weiss, dass dort zahlreiche Ausländerinnen und Ausländer arbeiten. Die Personenfreizügigkeit ist ein grosses Problem. Das wissen alle sehr genau. Das Problem ist, dass nicht alle dazu stehen wollen. Es werden wohl noch bis zu fünf Jahre vergehen, bis alle dazu stehen können. Bis dahin haben wir aber Tausende von Leuten ab 50, die keinen Job mehr finden. Die Altersarmut wird eintreffen. Irgendwann wird man es dann einsehen. Es wird aber lange dauern. Gerade durch die Digitalisierung werden viele Jobs wegrationalisiert, zudem haben wir das Problem der Personenfreizügigkeit. Somit haben wir an zwei Fronten ein riesiges Problem. Doch man steckt den Kopf in den Sand und hat den Eindruck, man könne dieses Problem mit «Pflasterlipolitik» lösen.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Bei dem Postulat ginge es eigentlich um Weiterbildungsmöglichkeiten von Leuten, die leider Sozialhilfe beziehen müssen. Mittlerweile haben wir eine Diskussion über Personenfreizügigkeit. Ein Wort dazu: Man sollte einmal in den Statistiken nachlesen, wer in der Schweiz sehr viel unserer Arbeit übernimmt und damit massiv zum Wohlstand dieses Landes beiträgt. Im Bau haben über 50 % der Personen Migrationshintergrund, weil man keine Schweizer Leute für diese Arbeit findet. Im Bereich Gastro beträgt dieser Anteil 50 %, weil man keine SchweizerInnen findet, auch nicht über 50 – was tatsächlich ein Problem ist. Auch im Gesundheitsbereich wird krampfhaft nach entsprechenden Personen gesucht. Dort sind oft auch die alten SVP-Mitglieder betroffen, die Pflege benötigen. Zum Glück kommen Leute aus dem Ausland hierher. Wir haben keine Schweizerinnen und Schweizer, die diesen Job noch übernehmen können. Auch in der Reinigung wollen die Schweizer nicht gerne arbeiten: Hier beträgt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund 80 %. Dank der Personenfreizügigkeit haben wir diese Leute. Das Problem ist einzig und allein: Es gibt Arbeitgebende, die Leute aus dem Ausland holen und dann der Ansicht sind, man müsse ihnen nicht die gleichen Bedingungen zugestehen wie den Schweizern. Das geht einfach nicht. In der Schweiz sollten für alle, egal welcher Herkunft, die gleichen Löhne und die gleichen Arbeitsbedingungen gelten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Wir sind gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen und den geforderten Bericht vorzulegen. Es ist sehr gut belegt, dass die Bildung einer der zentralen Faktoren ist, wenn es um die Frage geht, wer arbeitslos ist und wer mehr oder wer weniger verdient, wer in der Sozialhilfe landet und wer nicht. Aus diesem Grund haben wir auch von der Seite des Sozialdepartements her entsprechende Massnahmen in die Wege geleitet, um das eminent wichtige und stetig wichtiger werdende Thema Bildung

6 / 6

besser anpacken zu können. Es wurde angesprochen, dass wir eine Unterteilung in entsprechende Zielgruppen machen. Dazu möchte ich klar sagen: Bei dieser Unterscheidung, die wir machen und die auch die Altersgruppen betrifft, handelt es sich um eine Differenzierung, die sinnvoll ist. Man muss durchaus abhängig vom Alter mit anderen Ansätzen an die Menschen herangehen. 17-Jährige haben andere Ansprüche, andere Erfordernisse als 35-Jährige. Aus diesem Grund differenzieren wir die entsprechenden Zielgruppen. Das heisst aber nicht, dass wir jemanden grundsätzlich von Leistungen ausschliessen wollen. Es handelt sich um eine Differenzierung. Es ist auch eine Priorisierung auf der Zeitschiene. Zuerst wollen wir tatsächlich unser Engagement bei den 16- bis 25-Jährigen vertiefen. Wir sind aber parallel auch daran, im Bereich Stipendien etwas zu unternehmen. Die entsprechende Motion wurde bereits angesprochen. Dieses Angebot soll nicht nur Sozialhilfebeziehenden offen stehen, sondern auch Menschen, die sich im Erwerbsleben befinden. Weiter werden wir prüfen, was notwendig ist, um die Gruppe der über 25-Jährigen bei entsprechenden Bildungsbemühungen ebenfalls sinnvoll unterstützen zu können. Das ist sehr wichtig. Wir versuchen, die entsprechenden Gruppen je nach Bedarf unterschiedlich anzugehen, aber nicht die eine schlechter und die andere besser zu bedienen. Es ist nicht das Ziel, dass ein Geburtstag darüber entscheidet, ob etwas gemacht wird oder nicht. Man darf hier durchaus auch differenziert und individuell herangehen. Das ist unsere Vorgehensweise. Wir arbeiten im Moment sehr intensiv daran und betreten in einigen Bereichen auch Neuland, in denen es in der Schweiz in dieser Form noch keine Vorbilder gibt. Wir sind froh, wenn wir darin unterstützt werden und werden gerne die entsprechenden Informationen als Grundlage liefern.

Das Postulat wird mit 88 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat